

Robert Zion, Hamm, Ökozentrum, 13. April 2008
Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte zu Beginn einen Satz aus dem 17. Jahrhundert zitieren, aus der politischen Philosophie der Frühaufklärung:

„Tantum juris, quantum potentiae“.

Verständlich übersetzt bedeutet dies:

„Jeder hat soviel Recht, wie er Macht hat“.

Und darum auch bedeutet heute Schutz der Bürgerrechte nicht nur, dass der Staat diese Rechte für mich als Bürger zu schützen hat.

Es bedeutet auch, dass ich als Bürger vor der potentiellen Allmacht des Staates geschützt bin.

Und es bedeutet auch, dass dieser Schutz der Grundrechte auch für die Schwachen gelten muss, für die, die keine Lobby und folglich keine Macht haben.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte daher einmal auf unser Grundgesetz hinweisen:

Artikel 12: Freiheit der Berufswahl. Verbot der Zwangsarbeit.

Artikel 13: Unverletzlichkeit der Wohnung.

Und nicht zuletzt Artikel 1: Der Schutz der Menschenwürde.

Und dann muss ich an den Zukunftskongress der NRW-Grünen vor einigen Jahren in Oberhausen denken.

Dort sagte die Chefredakteurin der *taz* Basha Mika:

Die größte Enttäuschung über die Grünen in der Regierungszeit sei für sie gewesen, dass eine Bürgerrechtspartei wie wir Hartz IV mitzuverantworten habe.

Aber ich kann heute zu Basha Mika sagen: Wir haben uns weiterentwickelt und die Beschlüsse von Nürnberg gefasst.

Und Astrid Rothe-Beinlich, unsere frauenpolitische Sprecherin im Bundesvorstand, sagt heute auch bezüglich der Sozialpolitik:

„Der Kern aller Freiheit ist der: Nein sagen zu dürfen“.

Und darum appelliere ich an unsere Sozialpolitiker:

Grüne als Bürgerrechtspartei darf nie Öko-FDP bedeuten - und wird es auch nicht bedeuten!

Und das Motto dieses Parteitages „Keine Macht dem Schnüffelstaat“ sollte auch heißen, dass wir den Menschen nicht in die Kühlschränke und Betten schauen dürfen!

Für mich ist der autoritäre Sozialstaat der falsche Weg. Lasst uns darum weiter an einem emanzipatorischen Sozialstaat arbeiten und dafür kämpfen.

Denn der ökonomische Preis für die Grund- und Bürgerrechte darf nicht der Hartz-IV-Regelsatz sein.

Dankeschön